

## Ungeahnte Gefahren

**Am 21.9.2010 versammelten sich die führenden Vertreter der Hamburger Grünen zu einem Landesausschuss und debattieren zwei Stunden lang das Scheitern der GAL beim Hamburger Volksentscheid über die Primarschule. Sie kamen zu einem überraschend einmütigen Ergebnis. Die bisherige Art des grünen Politikmachens ist durch das Plebiszit vom 18.7. obsolet geworden. Drei Senatsmitglieder, beide Parteivorsitzende, der Fraktionschef und MdB Krista Sager waren sich – abgesehen von unbedeutenden Nuancen – einig: Wir Grünen können so wie bisher nicht weitermachen.**

Was sich in dieser Debatte abzeichnet, ist ein bemerkenswerter Abschied von einer GAL-Ideologie, die bisher doch so identitätsstiftend schien: Wir, die Grünen, sind die Klugen, und bringen euch, dem Volk, bei, wie man richtig lebt (Ökologie), gerecht lernt (Bildung) und vernünftig fährt (Stadtbahn). Das Wort von der „abgestraften Arroganz“ macht die Runde. An diesem Abend macht sich in „K 1“, dem großen Sitzungssaal in der Burchardstraße, die Einsicht breit, dass die politische Kommunikation mit dem Wahlvolk keine Einbahnstraße sein kann.

Im Mittelpunkt der Debatte steht die Frage: Warum haben wir die kritischen Signale z. B. aus der Elternschaft, aus der Lehrerschaft nicht wahrgenommen? Und einige Debattanten spitzen hier zu und fragen: Haben wir denn als grüne Partei die Instrumente entwickelt, um die gesellschaftliche Stimmung wahrzunehmen? Und wenn ja: Gibt es überhaupt eine Gelegenheit in dieser Partei, die wahrgenommenen Stimmungen zu diskutieren - ?

Die Gretchenfrage, die sich die GAL stellen muss, ist, ob sie die Gunst einer parlamentarischen Mehrheit nutzen will, um Dinge durchzusetzen, von denen sie annimmt, dass sie gesellschaftlich gar nicht mehrheitsfähig sind. Das ist, krass gesagt, die Frage nach der demokratischen Ernsthaftigkeit dieser Partei. Denn das unverhohlene Bekenntnis zu einer Politik gegen die Mehrheit würde ja doch die neue, schmerzliche Frage aufwerfen, was diese politische Position eigentlich von der Rechtfertigung einer Diktatur unterscheidet. Die GAL weiß, dass sie diesen politisch-moralischen Test nie durchstehen würde. Die Identitätskrise, in die sie sich durch ihre eigene plebiszitäre Option gebracht hat, ist deshalb mit Händen zu greifen.

Es ist also kein Zufall, dass an dem Abend in der Parteizentrale die Rede von der „doppelten Mehrheit“ umgeht. Man brauche halt eine parlamentarische und notfalls auch eine plebiszitäre Mehrheit. Und man werde sich wahrscheinlich zukünftig hüten, ein Gesetz mit parlamentarischer Mehrheit zu verabschieden, das vermutlich anschließend durch einen Volksentscheid gekippt werde.

Da die GAL maßgeblich an der Einführung des „scharfen“ Plebiszits beteiligt war, hat sie sich damit ein „Lernprogramm“ auferlegt, das auf die Einsicht hinausläuft, Politik nicht ohne das Volk machen zu können. Sinnigerweise ist sie in einem Verfahren gescheitert, in dem es – vom schulpolitischen Gegenstand her – um eine „neue Lernkultur“ ging. Gemeint waren eigentlich *die Schulen* – aber anscheinend ist nun die ganze Stadtrepublik zu einem Lernort sui generis geworden.

Machen wir also einen kurzen Ausflug in die neue Lernkultur der grünen Schulreform. In Frage gestellt wird die Einbahnstraßen-Kommunikation zwischen Lehrer und Schüler. Das Wissens-Paradigma wird durch die Kompetenzorientierung abgelöst: Der Schüler soll selbstständig lernen und individuelle Lösungen für ein Problem finden, an dessen Definition er beteiligt ist. Der Lehrer ist nur noch Lernberater und kein Besserwisser mehr. Na, wunderbar. Sire, geben Sie Gedankenfreiheit – auch für Erwachsene! möchte man rufen. Übertragen wir also die grüne Lerntheorie ins Politische. Dann wird klar: So wie wir die Primarschulreform kommuniziert haben, sind wir gegenüber der Öffentlichkeit in „Lehrergewohnheiten“ zurückgefallen, die der Neuen Lernkultur diametral entgegenstehen. Alle Antworten standen vorher fest. Aber der Schüler, in diesem Fall also der Bürger, hat sie nicht geglaubt.

Man kann sich als Alt-Grüner eine gewisse Süffisanz nicht verkneifen, wenn man rückblickend resümiert, wie die ehemalige Partei der radikalen Jugendlichkeit bei einem Politik-Konzept angekommen ist, das eigentlich recht stark an Lehrer Lempel und seinen langen Zeigefinger erinnert. Kant, der in seiner Schrift „Vom ewigen Frieden“ den Trennungsstrich zwischen dem politischen Moralisten und dem moralischen Politiker zog, hat gewusst, wohin die Moralität führt, wenn sie sich in die Welt der Zwecke verirrt. Gegen das elitäre grüne Bewusstsein von der richtigen Einsicht in Dinge, die dem Bürger noch nicht klar sind, rebelliert nun, in unseren Tagen, der Bürger selbst.

Und ist es denn wirklich völlig ausgeschlossen, dass der nächste Hamburger Bürgermeister mit Vornamen Walter heißt? Bemühen wir doch mal unsere wahlanalytische Intelligenz, um zu sehen, ob dies fern jeder Möglichkeit ist.

Niemand glaubt mehr, dass CDU und GAL bei den nächsten Bürgerschaftswahlen in anderthalb Jahren die absolute Mehrheit erzielen. Schwarz-Grün hat in Hamburg bis mindestens 2016 keine Zukunft. Das Bewusstsein dieser Tragik wird den Stil der Landesregierung bis zum Schluss prägen.

Die GAL ist die Hauptverliererin des Volksentscheids über die Primarschule. Aber die eigentliche Leidtragende ist die CDU. Denn sie hat ihren Bürgermeister Ole von Beust eingebüßt und sich an ihrer eigenen Basis unmöglich gemacht. Während in der GAL noch über die mangelnde Aktionsbereitschaft der CDU auf der Straße gewettert wird – mal im Ernst, haben wir das von ihr jemals erwartet? – kommt in der CDU längst die Frage auf, vor welchen Karren man sich hat spannen lassen. Die CDU hat sich, aus ihrer Sicht, mit dem schulpolitischen Kompromiss von der eigenen gesellschaftlichen Basis beängstigend weit entfernt. Die Art des Abgangs ihres *sunny boy* mag im grünen Milieu Belustigung auslösen; für einen gestandenen Christ-Konservativen muss sie die schiere Zumutung sein.

Politologen nennen die Entfremdung und Verselbstständigung von Parteianhängerschaften „Dealignment“ – und genau dies, nämlich eine massenhafte Abtrünnigkeit von der eigenen Partei, werden wir bei den Bürgerschaftswahlen 2012 serviert bekommen. Und zwar sowohl bei der GAL als auch – vor allem – bei der CDU. Wen aber werden die abtrünnigen ehemaligen CDU-Wähler wählen? Die FDP steht als Überlaufbecken in Hamburg nicht zur Verfügung. Sie vegetiert hier seit Jahren als außerparlamentarischer Haufen vor sich hin. Der Verwesungsprozess ist im fortgeschrittenen Stadium.

Die Vorgänge der letzten Wochen im Hamburger Rathaus und das Dauerfeuer aus den Emailverteilern vom „Besseren Lernen“ lassen uns ahnen, wohin die CDU-Stimmen fließen könnten. Walter Scheuerl und sein Team inszenieren sich – immerhin acht Wochen nach dem Volksentscheid – als Schatten-Bildungsministerium und sind fast jeden Tag in den Schlagzeilen. Scheuerl hält im Rathaus Audienz – und mit am Tisch: die vier Bürgerschaftsfraktionen. Ein Gewinner sitzt hier vier Verlierern gegenüber und diktiert seine Bedingungen bei der Novellierung des Schulgesetzes, das an das Ergebnis des Volksentscheids angepasst werden muss. In der CDU kommt schulpolitischer Revisionismus auf. Kein Wunder – der Partei steht das Wasser bis zum Hals.

Erinnern wir uns also, was früher geschah. Nicht ein Jahr hat Ronald Schill gebraucht, um mit seiner „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ P.R.O. bei den Bürgerschaftswahlen 2001 fast zwanzig Prozent der Wählerstimmen zu erringen. Die CDU hatte kaum mehr. Ole von Beust wurde mit 26% der Wählerstimmen Erster Bürgermeister einer Dreierkoalition aus CDU, Schill-Partei und FDP. Die schaurigen Gestalten dieses Politik-Events, die mit dem erzwungenen Coming-Out des Bürgermeisters endeten, sind fast schon vergessen: ein Zweiter Bürgermeister, um den sich haarsträubende Kokain-Stories rankten, ein Justizsenator, dessen Name heute für eine dubiose Sterbehilfe steht, und ein glückloser Konteradmiral, der sein Schulschiff vorzeitig versenkte.

Wer aber will uns versichern, dass wir im Jahr 2012 nicht eine noch erschreckendere Verwerfung der Hamburger Politiklandschaft erleben? Walter Scheuerl läuft sich offensichtlich für eine Bürgerschaftskandidatur warm und wird dabei von echten Medien-Asen unterstützt. Denkbar wäre, dass die CDU in den nächsten anderthalb Jahren an dem Infekt dieses Sommers 2010 laboriert. Volksparteien sind alt und heilen langsamer. Ein Shooting Star wie Ole ist weit und breit nicht in Sicht.

In den Augen nicht weniger Hamburger ist Walter Scheuerl der Sieger gegen den bürgerschaftlichen Allparteienblock. Wird er weiterhin gut aufgebaut, könnte er Sympathiestimmen von Bürgern ziehen, die in der Schulpolitik zwar anderer Meinung waren als er, ihm aber den Einzug in die Bürgerschaft als belebendes, kritisches Element wünschen. Vergessen wir aber auch die 276.000 Stimmen nicht, die WWL beim Volksentscheid auf sich vereinen konnte. Aus diesem Potenzial wird Scheuerl Stimmen ziehen können, auch wenn er sich nicht als Biofleisch-Qualitätsgarant präsentieren kann.

Wir könnten also eine Situation erleben, in der eine von Abendblatt und WELT (dann zum dritten Mal nach 1993 und 2001) geförderte bürgerliche Sezession – sei es als STATT-Partei, Partei Rechtsstaatlicher Offensive oder Freie Wähler - **mehr Stimmen holt als die CDU**. Das scheint aus heutiger Sicht gar nicht so unwahrscheinlich; im Bund schwächt die CDU, und die Politik der Bundesregierung ist erheblich umstritten – in Hamburg macht sich die CDU durch die (unvermeidliche) Sparpolitik unpopulär. Der Niedergang der CDU könnte sich in den vor uns liegenden Landtagswahlen fortsetzen.

Die meisten GAL-Anhänger kümmert das verständlicherweise wenig. Sie freuen sich über eine möglichst schwache CDU. Viele von ihnen waren gegen Schwarz-Grün.

Jetzt hoffen sie auf eine „linke Mehrheit“ und darauf, dass die Hamburger SPD bei den Wählern gut zulangt. Aber wie plausibel ist diese Hoffnung? Gerade die Hamburger SPD befindet sich in einer Identitätskrise, die die Form einer chronischen Erkrankung angenommen hat. Olaf Scholz ist zu pragmatisch und zu seriös, um Gabriels populistischen Stil zu kopieren. Andererseits kann er die parteiinternen Altlasten nicht entsorgen. Ein neuer Aufschwung der Hamburger Sozialdemokraten würde innerparteiliche Innovationen voraussetzen, die heute bar jeder Denkmöglichkeit sind.

Es könnte außerdem sein, dass die LINKE aus der zunehmenden Aversion, die sich im Volk gegen die neoliberale Politik breitmacht, Vorteile zieht. Eine blasse SPD könnte also mit einem mageren Ergebnis dastehen. Sie müsste sich eingestehen, dass sie relativ viele Stimmen an die SED-Erben abgegeben hat. Aber es könnte auch gut sein, dass die gemeinsamen Stimmen von SPD, GAL und LINKEN nicht zur Mehrheitsbildung in der Bürgerschaft ausreichen, weil der „unsichtbare Dritte“ es geschafft hat, sich als Totalalternative gegenüber dem (beim Volk unbeliebten) Parteiensystem anzudienen.

Vor diesem Hintergrund scheint in Hamburg eine erneute große Abstimmungsüberraschung im Wahljahr 2012 gar nicht so undenkbar.

Kurt Edler